

Correspondent.

Er scheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delarue Nr. 5.
Telephonanschluß Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger.
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

No. 132.

Sonntag den 8. Juli.

1894.

Schutzmaßregeln gegen die Anarchisten.

Die „Hamburger Nachrichten“ entwickeln Ansichten über das Recht und die Pflicht des Staates, die bürgerliche Gesellschaft gegen die Anarchisten zu schützen, von denen man als Symptome politischer Verwirrung Notiz nehmen mag, aber nicht ohne das Gefühl der Beirridung, daß eine Gefahr, diese Theorien in die Praxis übergeführt zu sehen, nicht vorhanden ist. Schon der Beginn des Artikels verrät eine gefährliche Verkennung der Aufgaben der Gerichte. „Zum Schutz der verbrecherisch bedrohten Menschheit, so lesen wir da, ist jedes energische Mittel ebenso indicirt, wie gegen jede andere ansteckende Krankheit und Ansteckungsquelle.“ Es gab allerdings eine Zeit, wo man ansteckende Krankheiten durch „energische Mittel“, Grenzsperrn u. dgl. bekämpfen zu können glaubte. Aber weder die Cholera noch die Pest hat sich durch solche Vorkehrungen in ihrem Todesmarsch aufhalten lassen. Nachgerade hat man herausgefunden, daß inhumanen Maßregeln, welche die von der Krankheit Befallenen dem sicheren Untergang preisgeben, die Verbreitung der Seuche nicht verhindern. Als wirksam haben sich nur Vorbeugungsmaßregeln erwiesen, welche die krankhaften Dispositionen, die die Ausbreitung der Seuche erleichtern, nach Möglichkeit beseitigen. Die öffentliche Gesundheitspflege sieht heute unter den Maßnahmen gegen Volksseuchen in erster Reihe die Erleichterung der Methode der Bekämpfung moralischer Seuchen heutzutage in weiteren Kreisen und zum Theil auch in Regierungskreisen mehr und mehr Anerkennung gefunden. Der Politiker der „Hamb. Nachr.“ aber sieht noch immer auf dem entgegengeetzten Standpunkte. Er meint, daß unter Nichterhand seine Aufgabe irriger Weise nicht in dem Schutze der friedlichen Mitbürger gegen Gewaltthaten, sondern auf dem höheren Gebiete der „Gerechtigkeit“ liege. Nicht die gerechte, d. h. den Strafgesetzen entsprechende Bestrafung der Verbrecher sei die Aufgabe des Richters. Thatsächlich beruht unser Strafrecht, schreibt das Hamburger Blatt, auf dem Bedürfnis der Unschädlichmachung der Verbrecher.“ Glücklicher Weise ist das thatsächlich nicht der Fall. Aufgabe der Gerichte ist nicht das „Töden aus Nothwehr“, sondern das Bestrafen nach Recht und Gesetz. Soll das anders werden, so muß man nach russischem Vorbilde neben der Justiz das System der administrativen Verurteilung einführen. Freilich wollen auch die „Hamb. Nachr.“ sich mit den gewaltamen Mitteln gegen die anarchischen Verbrecher nicht begnügen. Man müsse, meinen sie, psychologisch nach dem Ursprung der Seuche der Anarchisten suchen, und werde dann „notwendig auf den Nährboden der Sozialdemokratie gerathen, von dessen Vegetation sie sich abwiegeln, je nachdem es die Kräftigung und Förderung seitens der Lehrer und Führer, die Empfänglichkeit und Triebkraft der Belehrteten und Geführten mit sich bringt.“ Diese Methode wäre unserer Ansicht nach genau so berechtigt, wie wenn man deshalb, weil religiöse oder politische Fanatiker sich zu Verbrechen hinziehen lassen, die religiöse Lehre und die politischen Grundzüge verfolgen wollte. Im vorliegenden Falle aber bleibt das Hamburger Blatt die Aufklärung darüber schuldig, wie die Sozialdemokratie als Nährboden des Anarchismus zu bekämpfen ist. Man hört nur, daß gegen die neue Krankheitserscheinung neue Mittel notwendig seien. Aber die Ermittlung und Feststellung derselben wird als eine Aufgabe der politischen Wissenschaft und der Befähigung ihrer Lehren bezeichnet. Darnach scheinen also selbst die „Hamb. Nachr.“ an eine Erneuerung des Sozialistengesetzes nach dem mit dem Gesetz von 1878 gemachten trübten Erfahrungen nicht zu denken. Das ist wenigstens etwas. Man kann also ruhig abwarten, bis die Politiker der „Hamb. Nachr.“ dazu gelangt sind,

die „neuen Mittel“ zur Bekämpfung der sozialistischen Verbrecher und Führer ausfindig zu machen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich - Ungarn. Die außerordentliche Generalversammlung der österreichisch-ungarischen Bank genehmigte das Uebereinkommen mit den beiderseitigen Finanzministern betr. die Ausfolgung von 112 bzw. 48 Millionen Gulden Silber-Curantgeld oder Banknoten gegen in dem gleichen Betrage bei der Bank zu hinterlegende 20-Kronenstücke behufs Einlösung von Staatsnoten. Ferner wurde der Bericht des Generalraths über die Bekannte von der österreichisch-ungarischen Bank an die beiderseitigen Regierungen gerichtete Note betreffend die Erneuerung des Banprivilegiums genehmigt. — Das ungarische Oberhausmitglied Veniczki ist am Donnerstag gestorben. Den Blättern zufolge soll derselbe Selbstmord verübt haben; ein Verweggrund hierzu ist nicht bekannt.

Rußland. Der Kaiser ist mit der kaiserlichen Familie am Freitag nach den finnländischen Städten abgereist.

Frankreich. Die Wahl des Kammerpräsidenten an Stelle Casimir Periers hat am Donnerstag stattgefunden. Gewählt wurde, wie von vorher herein feststand, Burdeau, der 259 Stimmen erhielt, während sich auf seinen rivalen Gegenkandidaten Brisson nur 157 Stimmen vereinigten. In derselben Sitzung der Deputirtenkammer stellte Pelletan den angeforderten Antrag auf Erlass einer Amnestie für wegen Streik und Preisvergehen Verurtheilte und beantragte für diesen die Dringlichkeit. Derselbe wurde aber unter dem Widerspruch der äußersten Linken abgelehnt. Der Sozialist Baillant begründete eine Interpellation betreffend die Maßregeln zur Verhinderung der im Mai an dem Grabe der Föderierten von 1871 auf dem Père Lachaise beabsichtigten Kundgebungen. Ministerpräsident Dupuy vertheidigte diese Maßnahmen und erklärte, die Regierung würde eine Verherrlichung der Commune nicht dulden. Das Land empfinde die Abscheu bei der Erinnerung an die Commune. (Beifall.) Baillant brachte hierauf ein Tagesordnung ein, in welcher die Regierung aufgefordert wird, Paris die Todten von 1871 ehren zu lassen. Diese Tagesordnung wurde mit 470 gegen 65 Stimmen abgelehnt. — Der Mörder Carnots zeigt nach wie vor ein ungemein freches Benehmen. Der „Figaro“ berichtet, der Präsidentenmörder Caserio habe sich bei Casimir Perier brieflich über die schlechte Kost beklagt, die er im Gefängnis erhalte. Mit der frechen Begründung, daß Casimir Perier seine Präsidentenwürde ihm verdanke, soll der Bursche bessere Kost verlangt haben. — Wegen Verdachts der Mitschuld an dem Attentat gegen Carnot wurde Malagoli, der Secretär der italienischen Handelskammer in Genf, in Anwesenheit bei Genf von der französischen Polizei verhaftet. — Eine wichtige Anarchistenverhaftung ist der Barischer Polizei gelungen. Derselbe verhaftete den Anarchisten Desjorges, der die Mitwissenschaft an dem Bombenanschlag im Café Terminus eingestand. Er erklärte, seine Genossen besäßen mehrere Dynamitbomben, verweigerte jedoch die Angabe des Versteckes. — Von den 200 am Vorabend von Carnots Leidenfeier verhafteten Anarchisten sind 150 wieder in Freiheit gesetzt worden, doch stellt sie eine Verfügung des Ministers des Innern unter Polizeiaufsicht und legt ihnen die Pflicht auf, jeden Wohnortwechsel sofort der Behörde zur Kenntniß zu bringen.

Belgien. Ueber die Rüttlicher Dynamitattentate finden noch fortgesetzt neue Erhebungen statt. Rüttlicher Beamte begaben sich mit den Gerichtsbeamten von Verdiers nochmals nach Chevron, um weitere Erhebungen über den dort verübten Dynamitdiebstahl anzustellen. Vor einigen Tagen wurden die verhafteten Anarchisten Müller,

Arnold und Leblant in aller Frühe nach den Orten gebracht, wo die Bombenanschläge stattgefunden haben. Wie es heißt, erklärten Leblant und Arnold bei dieser Gelegenheit, an den Anschlägen auf die Jakobskirche und das Theater theilgenommen zu haben, nicht aber an dem auf das Renjon'sche Haus. Gerichtsbeamte führen dann mit den drei Verhafteten nach dem Waldchen von Cointe, wo die gestohlenen Sprengstoffe zu den letzten Dynamitverbrechen aufbewahrt worden sind. — Der Zustand des Dr. Renjon hat sich so wesentlich gebessert, daß der Kranke bereits nächster Tage zu seinem Vater, der Bürgermeister im nahen Montegney ist, gebracht werden kann. Eine neue von vier Augenärzten vorgenommene Untersuchung ergab, daß Dr. Renjon auf dem rechten Auge wahrscheinlich eine befristete Sehkraft wiedererlangen wird; das linke ist völlig verloren.

Italien. Die italienische Finanzvorlage hat einen unerwarteten Widerstand in der permanenten Finanzcommission des Senats gefunden. Diese verwarf mit 11 gegen 5 Stimmen die Regierungsvorlage, betreffend die Reduktion der Zinsen der Rente. Trotzdem gilt es als sicher, daß der Senat alle Finanzmaßregeln der Regierung, wie die Kammer sie genehmigt hat, annehmen wird. — Der Mörder Bandis in Livorno ist nach einer Depesche der „Nazione“ entdeckt worden. Ein gewisser Henri Lucchesi, ein anarchischer und übelbeleumdeter Arbeiter, soll am Tage des Attentates verhaftet sein, man hofft, seiner habhaft zu werden. Die Aufspürung von Anarchisten wird in Italien in allen größeren Städten vorgenommen. Mehrere werden verhaftet, vor allem aber anarchische Briefschaften, Schriften und Aufzüge zahlreich beschlagnahmt. — Von den italienischen Anarchisten gesehen hat, wie wir schon kurz gemeldet, die Kammer bereits die Vorlage zur Bekämpfung der Aufrührer, Umstürzer- und Sprengverbrechen angenommen. Derselbe bedroht in ihrem ersten Artikel die Herstellung und Aufbewahrung von Sprengstoffen zu verbrecherischen Zwecken mit Gefängnis von drei bis sieben Jahren. Der zweite Artikel bestimmt eine vier- bis zehnjährige Gefängnisstrafe für Niederlegung und Entzündung von Sprengstoffen zum Zwecke der Erregung von Schrecken und Unordnung, der dritte acht- bis zwölfsährige Gefängnisstrafe für verübte oder vollführte Sprengung eines Gebäudes, eine Strafe, die im höchsten Maß auf 15 Jahre sich erhöht, wenn das Gebäude zu öffentlichen Zwecken oder als Wohnung, Arbeitsraum oder Magazin für brennbare Stoffe dient, auf 20 Jahre, wenn das Leben von Menschen dadurch gefährdet worden ist, und auf 24 Jahre, wenn Menschen dabei das Leben verloren haben. Die geradezu gegen das Leben gerichteten Sprenganschläge werden mit mindestens 20 Jahren Gefängnis und bei erfolgter Tödtung mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft. An dem zweiten Entwurf über den Anarchismus sind dagegen von Kammerauschuß Änderungen vorgenommen worden. Verworfen wurde der Verzicht der Ehrenrechte und der Aemter als Folge der Deportation wegen Umstürzenden; die Rechtsprechung gegen Aufhebung von Militärpersonen wird durch den Ausschluß der Zuständigkeit der Geschworenengerichte vorbehalten.

Nordamerikanische Union. Der amerikanische Eisenbahnarbeiterausstand hat am Donnerstag in Chicago zu blutigen Zusammenstößen geführt, und auch im Allgemeinen ist die Lage so ernst, daß, wenn es nicht in kürzester Zeit zu einer Einigung kommt, die allerdings ernstlich angestrebt wird, weitreichende Unruhen zu befürchten sind. Die Zusammenstöße in Chicago am Donnerstag fanden statt beim Versuch, einen Eisenbahnzug abgehen zu lassen, was die Streitenden mit Gewalt verhindern wollten. Eine zahlreiche Volksmenge empfing den Bürger

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7^{1/2} Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.
Telephonanschluß Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pfg. durch den Fernträger.
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 132.

Sonntag den 8. Juli.

1894.

„Schutzmaßregeln gegen die Anarchisten.“

Die „Hamburger Nachrichten“ entwickeln Ansichten über das Recht und die Pflicht des Staates, die bürgerliche Gesellschaft gegen die Anarchisten zu schützen, von denen man als Symptome politischer Verirrung Notiz nehmen mag, aber nicht ohne das Gefühl der Befriedigung, daß eine Gefahr, die Theorien in die Praxis übergeführt zu sehen, nicht vorhanden ist. Schon der Beginn des Artikels verrät eine gefährliche Verkennung der Aufgaben der Gerichte. „Zum Schutz der verbrecherisch bedrohten Menschheit, so lesen wir da, ist jedes energische Mittel ebenso indiziert, wie gegen jede andere anstehende Krankheit oder Landplage.“ Es gab allerdings eine Zeit, wo man anstehende Krankheiten durch „energische Mittel“, Grenzsperrn u. dgl. bekämpfen zu können glaubte. Aber weder die Cholera noch die Pest hat sich durch solche Vorkehrungen in ihrem Todesmarsch aufhalten lassen. Nachgerade hat man herausgefunden, daß inhumane Maßregeln, welche die von der Krankheit Befallenen dem sicheren Untergange preisgeben, die Verbreitung der Seuche nicht verhindern. Als wirksam haben sich nur Vorbeugungsmaßregeln erwiesen, welche die krankhaften Dispositionen, die die Ausbreitung der Seuche erleichterten, nach Möglichkeit beseitigten. Die öffentliche Gesundheitspflege steht heute unter den Maßnahmen gegen Volkseidenen in erster Reihe. Evidenterweise hat diese Methode der Bekämpfung moralischer Seuchen heutzutage in weiteren Kreisen und zum Teil auch in Regierungskreisen mehr und mehr Anerkennung gefunden. Der Politiker der „Hamb. Nachr.“ aber sieht noch immer auf dem entgegengelegten Standpunkte. Er meint, daß unser Richterstand seine Aufgabe irriger Weise nicht in dem Schutze der friedlichen Mitbürger gegen Gewaltthaten, sondern auf dem höheren Gebiete der „Gerechtigkeits“ suche. Nicht die gerechte, d. h. den Strafgesetzen entsprechende Bestrafung der Verbrecher sei die Aufgabe des Richters. „Tatsächlich beruht unser Strafrecht, schreibt das Hamburger Blatt, auf dem Bedürfnis der Unsicherlichmachung der Verbrecher.“ Glücklicher Weise ist das thörichteste nicht der Fall. Aufgabe der Gerichte ist nicht das „Töden aus Nothwehr“, sondern das Bestrafen nach Recht und Gesetz. Soll das anders werden, so muß man nach russischen Vorbild neben der Justiz das System der administrativen Verschickung einführen. Freilich wollen auch die „Hamb. Nachr.“ sich mit den gewaltsamen Mitteln gegen die anarchistischen Verbrecher nicht begnügen. Man müsse, meinen sie, psychologisch nach dem Ursprunge der Sekte der Anarchisten suchen, und werde dann „nothwendig auf den Nährboden der Sozialdemokratie gerathen, von dessen Vegetation sie sich abzwiegen, je nachdem es die Kräftigung und Förderung seitens der Lehrer und Führer, die Empfänglichkeit und Triebkraft der Volkstheilen und Geführten mit sich bringt.“ Diese Methode wäre unserer Ansicht nach genau so berechtigt, wie wenn man deshalb, weil religiöse oder politische Fanatiker sich zu Verbrechen hinreißen lassen, die religiöse Lehre und die politischen Grundsätze verfolgen wollte. Im vorliegenden Falle aber bleibt das Hamburger Blatt die Anklage darüber schuldig, wie die Sozialdemokratie als Nährboden des Anarchismus zu bekämpfen ist. Man hört nur, daß gegen die neue Krankheitserscheinung neue Mittel nothwendig seien. Aber die Ermittlung und Feststellung derselben wird als eine Aufgabe der politischen Wissenschaft und der Bethätigung ihrer Lehren bezeichnet. Darnach scheinen also selbst die „Hamb. Nachr.“ an eine Erneuerung des Sozialistengesetzes nach dem mit dem Gesetz von 1878 gemachten trüben Erfahrungen nicht zu denken. Das ist wenigstens etwas. Man kann also ruhig abwarten, bis die Politiker der „Hamb. Nachr.“ dazu gelangt sind,

die „neuen Mittel“ zur Bekämpfung der sozialistischen Verbrecher und Führer ausfindig zu machen.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Die außerordentliche Generalversammlung der österreichisch-ungarischen Bank genehmigte das Uebereinkommen mit den beiderseitigen Finanzministerien betr. die Ausfolgung von 112 bzw. 48 Millionen Gulden Silber-Curantgeld oder Banknoten gegen in dem gleichen Betrage bei der Bank zu hinterlegende 20-Kronenstücke behufs Einlösung von Staatsnoten. Ferner wurde der Bericht des Generalrats über die bekannte von der österreichisch-ungarischen Bank an die beiderseitigen Regierungen gerichtete Note betreffend die Erneuerung des Banprivilegiums genehmigt. — Das ungarische Oberhausmitglied Veniczki ist am Donnerstag gestorben. Den Gläubigern zufolge soll derselbe Selbstmord verübt haben; ein Beweggrund hierzu ist nicht bekannt.

Rußland. Der Kaiser ist mit der kaiserlichen Familie am Freitag nach den finnländischen Städten abgereist.

Frankreich. Die Wahl des Kammerpräsidenten an Stelle Casimir Periers hat am Donnerstag stattgefunden. Gewählt wurde, wie von vornherein feststand, Burdeau, der 259 Stimmen erhielt, während sich auf seinen radikalen Gegenkandidaten Brisson nur 157 Stimmen vereinigten. In derselben Sitzung der Deputirtenkammer stellte Pellécan den angekündigten Antrag auf Erlass einer Amnestie für wegen Streik und Beschwerden Verurtheilte und beantragte für dieselben die Dringlichkeit. Derselbe wurde aber unter dem Widerspruch der äußersten Linken abgelehnt. Der Sozialist Baillant begründete eine Interpellation betreffend die Maßregeln zur Verhinderung der im Mai an dem Grabe der Hohenstein von 1871 auf dem Pere Lachaise beabsichtigten Kundgebungen. Ministerpräsident Dupuy vertheidigte diese Maßnahmen und erklärte, die Regierung würde eine Verherrlichung

Arnold und Lebiant in aller Frühe nach den Orten gebracht, wo die Bombenanschläge stattgefunden haben. Wie es heißt, erklärten Lebiant und Arnold bei dieser Gelegenheit, an den Anschlägen auf die Jakobskirche und das Theater theilgenommen zu haben, nicht aber an dem auf das Renjon'sche Haus. Gerichtsbeamte führen dann mit den drei Verhafteten nach dem Waldgärtchen von Cointe, wo die gestohlenen Sprengstoffe zu den letzten Dynamitverbrechen aufbewahrt worden sind. — Der Zustand des Dr. Renjon hat sich so wesentlich gebessert, daß der Kranke bereits nächster Tage zu seinem Vater, der Bürgermeister im nahen Montegney ist, gebracht werden kann. Eine neue von vier Augenärzten vorgenommene Untersuchung ergab, daß Dr. Renjon von dem rechten Auge wahrscheinlich eine beschränkte Sehkraft wiedererlangen wird; das linke ist völlig verloren.

Italien. Die italienische Finanzvorlage hat einen unerwarteten Widerstand in der permanenten Finanzcommission des Senats gefunden. Diese verwarf mit 11 gegen 5 Stimmen die Regierungsvorlage, betreffend die Reduktion der Zinsen der Rente. Trogtum gilt es als sicher, daß der Senat alle Finanzmaßregeln der Regierung, wie die Kammer sie genehmigt hat, annehmen wird. — Der Mörder Vardis in Livorno ist nach einer Depesche der „Nazione“ entdeckt worden. Ein gewisser Henri Lucchesi, ein anarchistischer und übelbeleudeter Arbeiter, soll am Tage des Attentats verschwunden sein, man hofft, seiner habhaft zu werden. Die Aufführung von Anarchisten wird in Italien in allen größeren Städten vorgenommen. Mehrere wurden verhaftet, vor allem aber anarchistische Briefschaften, Schriften und Aufzettel zahlreich beschlagnahmt. — Von den italienischen Anarchisten gehen hat, wie wir schon kurz gemeldet, die Kammer bereits die Vorlage zur Bekämpfung der Aufrührer, Umsturz- und Sprengverbrechen angenommen. Dieselbe bedroht in ihrem ersten Artikel die Herstellung und Aufbewahrung von Sprengstoffen zu verbrecherischen Zwecken mit Gefängnis von drei bis sieben Jahren. Der zweite Artikel bestimmt eine vier- bis zehnjährige Gefängnisstrafe für Niederlegung und Entzündung von Sprengstoffen zum Zwecke der Erregung von Schrecken und Unordnung, der dritte acht- bis zwölfjährige Gefängnisstrafe für verübte oder vollführte Sprengung eines Gebäudes, eine Strafe, die im höchsten Maß auf 15 Jahre sich erhöht, wenn das Gebäude zu öffentlichen Zwecken oder als Wohnung, Arbeitsraum oder Magazin für brennbare Stoffe dient, auf 20 Jahre, wenn das Leben von Menschen dadurch gefährdet worden ist, und auf 24 Jahre, wenn Menschen dabei das Leben verloren haben. Die geradezu gegen das Leben gerichteten Sprenganschläge werden mit mindestens 20 Jahren Gefängnis und bei erfolgter Tödtung mit lebenslänglichen Zuchthaus bestraft. An dem zweiten Entwurf über den Anarchismus sind dagegen vom Kammerausschuß Aenderungen vorgenommen worden. Verworfen wurde der Verlust der Ehrenrechte und der Aemter als Folge der Deportierung wegen Umsturz Tendenzen; die Rechtsprechung gegen Aufhebung von Militärpersonen wird durch den Ausschluß der Zuständigkeit der Geschworenengerichte vorbehalten.

Nordamerikanische Union. Der amerikanische Eisenbahnerausstand hat am Donnerstag in Chicago zu blutigen Zusammenstößen geführt, und auch im Allgemeinen ist die Lage so ernst, daß, wenn es nicht in kürzester Zeit zu einer Einigung kommt, die allerdings ernstlich angestrebt wird, weitreichende Unruhen zu befürchten sind. Die Zusammenstöße in Chicago am Donnerstag fanden statt beim Versuch, einen Eisenbahnzug abgehen zu lassen, was die Streitenden mit Gewalt verhindern wollten. Eine zahlreiche Volksmenge empfing den Bürger

Rechtsbeamten von Sedwitz nochmals nach Cheonan, um weitere Erhebungen über den dort verübten Dynamitdiebstahl anzustellen. Vor einigen Tagen wurden die verhafteten Anarchisten Müller,

